

Plenarprotokoll 17/93 • Deutscher Bundestag • Stenografischer Bericht
93 Sitzung • Berlin, Donnerstag, den 24. Februar 2011

<http://www.bundestag.de/dokumente/protokolle/plenarprotokolle/17093.pdf>

100 Jahre Internationaler Frauentag • Gleichberechtigung in Entwicklungsländern voranbringen • Frauen verdienen mehr – Gleichstellung ist Innovationspolitik Ab Seite 112 / 10520

Tagesordnungspunkt 8:

a) Antrag der Abgeordneten Dorothee Bär, Markus Grübel, Nadine Schön, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Miriam Gruß, Nicole Bracht-Bendt, Sibylle Laurischk, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: **100 Jahre Internationaler Frauentag** (Drucksache 17/4860 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/048/1704860.pdf>)

b) Antrag der Abgeordneten Karin Roth (Esslingen), Dr. Sascha Raabe, Lothar Binding (Heidelberg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD: **Gleichberechtigung in Entwicklungsländern voranbringen** (Drucksache 17/4846 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/048/1704846.pdf>)

c) Antrag der Abgeordneten Monika Lazar, Kerstin Andreae, Ekin Deligöz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: **Frauen verdienen mehr – Gleichstellung ist Innovationspolitik** (Drucksache 17/4852 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/048/1704852.pdf>)

Berichterstattung:

	Seitenzahl Dieses Dokument	PDF-Seitenzahl des Bundestages	Gesamtseitenzahl im PDF-Dokument Des Bundestages
Dorothee Bär (CDU/CSU)	Ab Seite 2	Ab Seite 112	Ab Seite 10520
Caren Marks (SPD)	Ab Seite 4	Ab Seite 114	Ab Seite 10522
Sibylle Laurischk (FDP):	Ab Seite 5	Ab Seite 115	Ab Seite 10523
Katja Kipping (Die Linke):	Ab Seite 6	Ab Seite 116	Ab Seite 10524
Ekin Deligöz (Bündnis 90/Die Grünen):	Ab Seite 8	Ab Seite 117	Ab Seite 10525
Dr. Kristina Schröder, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:	Ab Seite 10	Ab Seite 119	Ab Seite 10527
Karin Roth (Esslingen) (SPD):	Ab Seite 12	Ab Seite 121	Ab Seite 10529
Nicole Bracht-Bendt (FDP)	Ab Seite 13	Ab Seite 122	Ab Seite 10530
Dagmar Ziegler (SPD):	Ab Seite 14	Ab Seite 123	Ab Seite 10531
Ingrid Fischbach (CDU/CSU):	Ab Seite 15	Ab Seite 124	Ab Seite 10532
Nadine Schön (St. Wendel) (CDU/CSU):	Ab Seite 17	Ab Seite 126	Ab Seite 10534

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt rufe ich den Tagesordnungspunkt 8 a bis c auf:

a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dorothee Bär, Markus Grübel, Nadine Schön, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Miriam Gruß, Nicole Bracht-Bendt, Sibylle Laurischk, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
100 Jahre Internationaler Frauentag – Drucksache 17/4860 –

b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Karin Roth (Esslingen), Dr. Sascha Raabe, Lothar Binding (Heidelberg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
Gleichberechtigung in Entwicklungsländern voranbringen – Drucksache 17/4846 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung (f)
Auswärtiger Ausschuss
Innenausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ausschuss für Gesundheit
 Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
 Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe
 Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
 Haushaltsausschuss

c) Beratung des Antrags der Abgeordneten Monika Lazar, Kerstin Andreae, Ekin Deligöz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Frauen verdienen mehr – Gleichstellung ist Innovationspolitik – Drucksache 17/4852 –

Überweisungsvorschlag:
 Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (f)
 Rechtsausschuss
 Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
 Ausschuss für Arbeit und Soziales

Es ist verabredet, hierzu eine Stunde zu debattieren. – Ich sehe und höre keinen Widerspruch zu der beschlossenen Redezeit. Dann werden wir so verfahren. Besonders willkommen sind uns viele Männer im Saal.

(Unruhe)

- Zwar sind Männer bei dieser Debatte willkommen, aber sie müssen nicht unnötig ausführlich auf sich aufmerksam machen, indem sie auch noch hin und her laufen. Ich nehme an, dass sie der Debatte folgen wollen, und zwar in besonderer Weise und mit besonderer Aufmerksamkeit.

Als Erster gebe ich das Wort der Kollegin **Dorothee Bär** für die CDU/CSU-Fraktion.

Dorothee Bär (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als vor 92 Jahren und fünf Tagen eine Sozialdemokratin das erste Mal ihre Rede mit den Worten „Meine Herren und Damen“ eröffnet hat, hat das Protokoll „Heiteres Gelächter“ vermerkt, weil es eben das allererste Mal war, dass vor 92 Jahren und fünf Tagen eine Frau im Parlament das Wort ergriffen hat. Heutzutage lacht bei den Anreden „Meine Damen und Herren“ und „Meine Herren und Damen“ kein Mensch mehr. Deswegen müssen wir einmal festhalten, was sich in den letzten 100 Jahren an dieser Stelle entwickelt hat.

Wenn wir jetzt nicht 2011, sondern das Jahr 1911 hätten, dann wären die meisten von uns nicht hier. Die meisten, die hier wären, dürften keine Hosen anhaben. Wahlrecht gab es sowieso keines. Wenn überhaupt einmal eine Erlaubnis bestanden hätte, dann hätte man sich wahrscheinlich auf seinen Ehemann berufen müssen.

Wir müssen also festhalten, dass in den letzten 100 Jahren sehr viel passiert ist. Das 100-jährige Jubiläum des Weltfrauentages nehmen wir zum Anlass, zum einen einen historischen Rückblick zu machen und zum anderen, um uns zu fragen, wo wir heute, im Jahr 2011, gleichstellungspolitisch stehen.

Als 1911 der Weltfrauentag ins Leben gerufen wurde, stand eine Hauptforderung im Raum. Diese Hauptforderung war ein Wahlrecht für Frauen. Auch das können wir uns heute nicht mehr vorstellen. Daneben gab es die Ablehnung des Ersten Weltkrieges. Später wurde dieser Frauentag vor allem durch arbeits- und sozialrechtliche Forderungen getragen. In der DDR wurde dieser Frauentag zunehmend zu einer Art sozialistischem Muttertag.

(**Jörn Wunderlich** [Die Linke]: Das muss die Frau Bär genau wissen! Die kennt sich ja aus!)

Die Frauenbewegung in Westdeutschland hat sich bis in die 90er-Jahre überhaupt sehr schwer mit diesem Tag getan. Aber man muss festhalten, dass sich der Weltfrauentag in den vergangenen Jahren im wiedervereinten Deutschland eine neue Selbstverständlichkeit gegeben hat.

Was vor 100 Jahren die Frage nach dem Stimmrecht für Frauen war, ist heute für uns die Frage nach der Besetzung von Frauen in Führungspositionen; denn wir müssen festhalten, dass Frauen in Führungspositionen nach wie vor massiv unterrepräsentiert sind. Wir führen diese Debatte mittlerweile

Dorothee Bär (CDU/CSU)

fast jede Woche. Die Zahlen werden von Woche zu Woche nicht besser. Nur 3,2 Prozent der Vorstandssitze in den 200 größten Unternehmen werden von Frauen besetzt. Keinem einzigen Vorstand in den Top-100-Unternehmen steht eine Frau vor. Selbstverständlich sehen wir hier einen ganz konkreten Handlungsbedarf.

Selbstverständlich widmen wir uns auch dem Thema, was sinnvoll ist, um diese Zustände zu ändern. Wir haben in der Vergangenheit schon öfter über das Thema Quote gesprochen: Quote ja, Quote nein? Wir ringen insgesamt auch in unseren Fraktionen – das ist kein Geheimnis – um die Details. Aber wir wissen, dass das nicht nur ein gesellschaftliches Topthema ist; denn immerhin haben wir dieses Thema auf die Agenda gebracht – im Gegensatz zu den vorangegangenen Regierungen.

(Widerspruch bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen – **Caren Marks** [SPD]: Es scheint bei den bayerischen Abgeordneten generell Bewusstseinsverlust zu geben, nicht nur bei Guttenberg!)

Trotz des gekünstelten Gelächters der Oppositionsfraktionen muss man festhalten – dies habe ich schon in meiner letzten Rede angesprochen –, dass Ihre Ministerin, eine gewisse Frau Bergmann, an die sich niemand mehr erinnern kann, es nicht geschafft hat, sich durchzusetzen, weil sie von Schröder ohne Ende abgewatscht wurde, und sich auch noch für Sachen entschuldigen und rechtfertigen musste, die sie nicht wollte.

(**Mechthild Rawert** [SPD]: Ihre Regierung hat sie gerade zur Beauftragten erklärt! – **Sönke Rix** [SPD]: Hat Ihnen das Frau von der Leyen gesagt?)

Wir stehen neben dem Thema Quote und neben der Geschlechtergerechtigkeit in diesem Land auch zu anderen Themen – auch in unserem Antrag –, nämlich zu der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, was für uns im Vordergrund steht. Was für mich aber noch entscheidender ist als die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, weil das noch schwieriger durchzusetzen ist, ist die Vereinbarung von Familie und Karriere. Wir setzen uns für den Ausbau der Kinderbetreuung ein. Auch dafür macht diese Regierung sehr viel. Wir wollen flexiblere Arbeitszeitmodelle und sagen: Wir wollen auf keinen Fall, dass es in diesem Land mit der übertriebenen Anwesenheitskultur so weitergeht, die leider Gottes noch immer gilt; denn auch die Qualität steht im Vordergrund, nicht nur die Quantität.

Wir haben jedes Jahr wieder dieselbe Debatte über die Entgeltungleichheit. Deshalb haben wir das Logib-D eingeführt. Logib-D stößt nicht nur in Europa auf ein ganz großes Interesse. So stellen wir Logib-D morgen, am 25. Februar, auf der 55. Frauenrechtskonferenz der Vereinten Nationen in New York, die seit Dienstag tagt, einem internationalen Publikum vor, weil jeder von uns lernen und wissen möchte, wie wir das Instrument umsetzen.

Wir rollen das gesamte frauenpolitische Feld weiter auf. Mit dem Antrag der Koalitionsfraktionen zu dem wichtigen Thema der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen wollen wir noch weitergehen. Hierzu gehören häusliche Gewalt, sexuelle Belästigung, Vergewaltigung, aber natürlich auch Bräuche, Riten und Traditionen zum Schaden von Frauen. Hierunter fallen für uns ganz besonders die Genitalverstümmelung, die Zwangsehen und die sogenannten Ehrenmorde. Schätzungen zufolge haben 20 bis 25 Prozent aller Frauen mindestens einmal in ihrem Leben körperliche Gewalt erlitten. Deswegen führen wir unser Programm gegen häusliche Gewalt fort. Wir wollen ein bundesweites Hilfstelefon für von Gewalt betroffene Frauen einrichten. Hierzu haben wir bereits die nötigen Mittel in den Haushalt eingestellt.

(**Monika Lazar** [Bündnis 90/Die Grünen]: Wann kommt das alles denn endlich?)

Beim Brückenschlag zum Thema 100 Jahre Frauenbewegung und 100 Jahre Weltfrauentag sehen wir, dass sich Frauen seit vielen Jahren für ihre Rechte engagieren. Vieles ist seitdem besser geworden; das darf man auf jeden Fall festhalten. Trotzdem sind wir noch lange nicht am Ziel. Die Frauen haben für ihr Wahlrecht und für die Zulassung an Universitäten gekämpft. Die Frauen haben in diesem Hohen Hause dafür gekämpft, dass sie Hosenanzüge anziehen dürfen.

(**Sönke Rix** [SPD]: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!)

Die Frauen mussten gegen unbewusste Rollenbilder angehen und sich gegen gläserne Decken durchsetzen. Ich bin mir aber sicher, dass wir gemeinsam weiterkommen können. Dabei würde es helfen, wenn die Debatte von denselben immer wiederkehrenden reflexhaften Beißreaktionen der

Dorothee Bär (CDU/CSU)

SPD befreit würde und wir alle an einem Strang ziehen könnten.

(**Caren Marks** [SPD]: Wenn ihr etwas Konkretes vorlegen würdet!)

Dafür wäre ich sehr dankbar. Stellvertretend für alle großartigen Frauen, die sich heute in diesem Hohen Hause befinden, möchte ich eine besondere Frau herausgreifen. Ich darf hoffentlich im Namen aller der Kollegin Katharina Landgraf zu ihrem heutigen Geburtstag gratulieren. Liebe Katharina, alles Gute!

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das Wort hat **Caren Marks** für die SPD-Fraktion.

Caren Marks (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! 100 Jahre Internationaler Frauentag – in der Tat, welch gleichstellungspolitische Zeitstrecke. Die Koalitionsfraktionen präsentieren uns heute zu diesem Jahrestag einen Antrag, über den sofort abgestimmt werden soll nach dem Motto: heute schnell debattieren, und dann bloß nicht weiter darüber reden.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Über diesen Antrag von Union und FDP lohnt eine weitere Debatte allerdings nicht wirklich. Dieser Antrag enthält genauso wenig Substanz wie die Gleichstellungspolitik der Bundesregierung, nämlich keine. Ein Beleg dafür ist folgendes Zitat aus dem Antrag: Der Internationale Frauentag verpflichtet als Feiertag der Frauenbewegung dazu, der Lobbyarbeit von Frauen im politischen Raum Gehör zu schenken und frauenpolitische Projektarbeit zu stärken. Ich denke, hier ist kein Kommentar notwendig. Die SPD hingegen meint es mit der Gleichstellungspolitik ernst, so wie bereits vor 100 Jahren. 1911 gingen mehr als 1 Million Frauen auf die Straße und kämpften für ihre Rechte, insbesondere für das Recht, zu wählen. Sieben Jahre später führte die Sozialdemokratie unter erbittertem Widerstand konservativer Kräfte das Frauenwahlrecht ein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in den zurückliegenden Jahrzehnten hat die Frauenbewegung in Deutschland in der Tat viel erreicht. Ich glaube, darauf können wir stolz zurückblicken. Aber wir sind gleichstellungspolitisch längst noch nicht am Ziel; auch das ist richtig. Frauen und Männer sind zwar juristisch gleichgestellt, nicht aber in der Realität. So gibt es nach wie vor eine strukturelle Benachteiligung von Frauen, insbesondere im Erwerbsleben. Wir suchen Frauen in Führungsetagen noch immer mit der Lupe. Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit – Fehlanzeige. Der Anteil von Frauen im Niedriglohnbereich und in Minijobs ist überproportional hoch, Teilzeitarbeit ist überwiegend weiblich. Die Ursachen dafür liegen in veralteten Rollenstereotypen und auch in der nach wie vor schlechten Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Es gäbe also für die Bundesregierung und insbesondere für die zuständige Ministerin einiges zu tun; denn die bis jetzt vorhandenen rechtlichen Rahmenbedingungen helfen Frauen nicht wirklich weiter. Um Benachteiligung abzubauen und eine eigenständige Existenzsicherung zu ermöglichen, sind weitere gesetzliche Maßnahmen unumgänglich. Die Bundesfrauenministerin und die schwarz-gelbe Koalition verharren jedoch in Lethargie. Sie stehen leider für gleichstellungspolitischen Stillstand, Frau Schröder.

(**Ingrid Fischbach** [CDU/CSU]: Damit kennen Sie sich aus!)

Dabei, Frau Ministerin, müssten Sie, nachdem Sie es schon nicht selbst entgegengenommen haben, nur das aktuelle Gutachten der Sachverständigenkommission für den ersten Gleichstellungsbericht lesen und entsprechend handeln. Aber wie im aktuellen Antrag ersichtlich setzen Sie und die Koalition unbeirrt und ignorant auf Freiwilligkeit, Appelle und Projekte – und das alles dem Hintergrund, dass selbstverständliche Frauenrechte immer hart erkämpft werden mussten. Von alleine und mit Freiwilligkeit ging es gleichstellungspolitisch leider nie voran.

Die SPD streitet deshalb für gesetzliche Regelungen. Sie sind wirklich notwendig, um verkrustete Strukturen aufzubrechen. Wir fordern einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, da dieser vor allem Frauen zugute käme. Weiter müssen wir für eine Aufwertung von sogenannten typischen Frauenberufen, beispielsweise in der Altenpflege, kämpfen. Nur durch eine gesetzliche Quote von mindestens 40 Prozent wird eine angemessene Vertretung von Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen möglich werden. Dass in den 100 größten Unternehmen in Deutschland Frauen nur zu 2,2

Caren Marks (SPD)

Prozent in den Vorständen vertreten sind, ist nicht nur beschämend. Es ist diskriminierend.

Ein Antrag der SPD zur Quote wird ja morgen diskutiert. Wir fordern endlich gesetzliche Regelungen zur Durchsetzung von Entgeltgleichheit; denn 23 Prozent Lohnunterschied sind skandalös. Wir fordern weiterhin familien- und geschlechtergerechte Arbeitszeitmodelle wie die sogenannte Große Teilzeit für beide Geschlechter und auch ein Rückkehrrecht für Eltern von Teilzeit in Vollzeit. Außerdem fordern wir die gesetzliche Eingrenzung der Minijobs. Immer mehr Minijobs zulasten guter, das heißt existenzsichernder Arbeit sind nicht zu akzeptieren. Minijobs werden für Frauen zur Armutsfalle, ganz besonders im Alter.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, das alles sind konkrete Schritte für die Verwirklichung von Gleichstellung und mehr Geschlechtergerechtigkeit und damit für mehr Fortschritt in unserem Land. Die schwarz-gelbe Bundesregierung einschließlich der Kanzlerin ist jedoch nicht bereit, wirklich aktiv zu handeln und etwas zu ändern. Abschließend möchte ich eine bemerkenswerte Feststellung der Sachverständigenkommission für den ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung zitieren:

Die Kosten der gegenwärtigen Nicht-Gleichstellung übersteigen die einer zukunftsweisenden Gleichstellungspolitik bei weitem.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Kollegin.

Caren Marks (SPD):

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ob das der Bundesfinanzminister weiß? Vielen Dank.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Sibylle Laurischk hat das Wort für die FDP-Fraktion.

Sibylle Laurischk (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! 100 Jahre Internationaler Frauentag – ein langer Weg von den ersten Forderungen nach dem Frauenwahlrecht über die Kampagne beispielsweise von Elisabeth Selbert zur Formulierung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern in Art. 3 Grundgesetz liegt hinter uns Frauen. Der Weg ist nicht zu Ende. Seit 1994 steht in Art. 3 Abs. 2 des Grundgesetzes Satz 2. Dieser lautet:

Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin. Auch die Opposition hatte in der Zeit reichlich Gelegenheit, auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinzuwirken. Stichworte wie Equal Pay und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – anscheinend nur ein Thema für Frauen und leider immer noch nicht für Männer – beschreiben noch offene Punkte. Zurzeit wird das Thema insbesondere an der unzureichenden Zahl von Frauen in Führungsgremien der Bundesbehörden oder der Wirtschaft gemessen. Dies zu ändern, ist Ziel der Koalition von FDP und CDU/CSU. Wir setzen auf einen Stufenplan und den im Mai letzten Jahres überarbeiteten sogenannten Corporate Governance Codex, der Berichtspflichten zum Stand der Beteiligung von Frauen enthält.

(Monika Lazar [Bündnis 90/Die Grünen]: Das macht ihr jetzt schon seit zehn Jahren!)

Die Aussage ist klar: Frauen wollen entsprechend ihrer Ausbildung Führungsaufgaben und Verantwortung übernehmen. Angesichts des demografischen Wandels ist dies auch gar keine Frage mehr. Dieses gesellschaftlich und damit auch wirtschaftlich gebotene Ziel muss angesteuert werden – auch von den Männern. Das sage ich auch an die Adresse von Herrn Kauder, der mir im Moment den Rücken zuwendet. Dieses Ziel ist sowohl in der Politik als auch in der Wirtschaft umzusetzen. Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass sich die FDP, seit weit über 100 Jahren eine echte Emanzipationsbewegung,

(Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Innovative, dynamische Partei! Das merkt man doch!)

auf ihrem nächsten Bundesparteitag im Mai mit einem Satzungsänderungsantrag der liberalen Frauen, in dem eine 40-Prozent-Quote für die Führungsgremien der Partei gefordert wird, auseinanderzusetzen muss.

Sibylle Laurischk (FDP)

(**Caren Marks** [SPD]: Gutes Gelingen!)

Die Unternehmen sind ihrerseits aufgefordert, zu handeln. Sollten wir keine erhebliche Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen von Unternehmen bis 2013 feststellen können, ist die Einführung einer Quote meines Erachtens absehbar. Gleichstellungspolitik ist aber nicht nur ein Thema der Bundespolitik, auch Europa fordert dies ein. So ist das Thema „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ in der Strategie für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2010 bis 2015 verankert. An der Umsetzung dieser europäischen Strategie müssen wir mit Nachdruck arbeiten. Frauen müssen sich klar darüber sein, dass nur ein qualifizierter und ausgeübter Beruf ihrer Altersarmut entgegenwirkt.

Trotz des 100. Geburtstages des Internationalen Frauentages: Gewalt gegen Frauen und familiäre Gewalt sind nach wie vor Alltag. Verlässlich finanzierte Frauenhäuser und Unterkünfte für Frauen in Not gibt es auch nach 100 Jahren Gleichstellung noch nicht. In den Kommunen kämpfen die Frauen um jeden Cent zur Finanzierung. Schutz und Hilfe für gewaltbetroffene Frauen und deren Kinder müssen jedoch flächendeckend vorliegen. Die christlich-liberale Koalition hat jetzt zumindest einen Haushaltstitel geschaffen, um eine bundeseinheitliche Notrufnummer für gewaltbetroffene Frauen einzurichten. Unbürokratische Hilfe soll so möglich werden.

Ein letztes Stichwort zum Internationalen Frauentag, das Ausländerinnen besonders betrifft: die Bekämpfung der Zwangsheirat. Ein Gesetzentwurf hierzu liegt vor. Es ist vorgesehen, die Mindestbestandszeit einer Ehe zur Begründung eines eigenständigen Aufenthaltsrechts von zwei auf drei Jahre zu erhöhen. Der Gesetzentwurf hat das Ziel, Opfer von Zwangsheirat besser zu schützen. Die Erhöhung der Ehebestandszeit steht meines Erachtens dazu im Widerspruch. Im Koalitionsvertrag heißt es hierzu, die Erhöhung der Ehebestandszeit sei zu prüfen. Meine Herren, meine Damen, ich bitte um Prüfung. Als Liberale bin ich stolz, einer Emanzipationsbewegung anzugehören, die weit älter als 100 Jahre ist. 100 Jahre Internationaler Frauentag bedeuten 100 Jahre Ringen um Gleichberechtigung.

(**Ekin Deligöz** [Bündnis 90/Die Grünen]: Unterstützen Sie auch die Quotenforderung in der FDP?)

Uns Frauen bleibt die Einsicht: Geschenkt wird uns nichts; wir müssen für unsere Rechte immer wieder aufs Neue kämpfen. Wir sollten dies gemeinsam tun. Dann sind wir stark.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die Kollegin **Kipping** hat für die Fraktion Die Linke das Wort.

Katja Kipping (Die Linke):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! 100 Jahre Frauentag – zu den Wurzeln dieses Tages gehören auch folgende Etappen: Am 8. März 1857 streiken in New York Textilarbeiterinnen. Am 8. März 1908 kommen über 100 streikende Textilarbeiterinnen bei einem Fabrikbrand ums Leben, weil sie während des Streiks in der Fabrik eingeschlossen wurden. Vor 100 Jahren wurde der Frauentag in einigen Ländern erstmals am 19. März begangen. Am 8. März 1917 waren es wieder Textilarbeiterinnen, die in Russland gegen Hunger, Krieg und Zarismus streikten. Anknüpfend an diese Arbeitskämpfe wurde der Frauentag von der Zweiten Kommunistischen Frauenkonferenz auf Initiative von Clara Zetkin auf den 8. März gelegt.

Betrachten wir die Geschichte des Frauentages, so können wir festhalten: Der Frauentag ist nicht bei Kaffeekränzchen entstanden, er ist nicht Blumenrabatten entsprungen, sondern er ist aus Kämpfen um Rechte entstanden. Genau an diese Tradition des Frauentages sollten wir anknüpfen. Die Art, den Frauentag zu begehen, hat sich über die Jahrzehnte verändert, aber an der Notwendigkeit, um Frauenrechte zu kämpfen, hat sich nichts, aber auch gar nichts verändert. Kämpfe um Geschlechtergerechtigkeit sind hochaktuell – und das weltweit.

Geschlechtergerechtigkeit hat viele Gesichter. Das beginnt damit, dass auf den obersten Etagen der Wirtschaft faktisch immer noch „oben ohne“ – also ohne Frauen – gilt. Schließlich sind noch nicht einmal 10 Prozent aller Aufsichtsratsposten in Frauenhand. Es geht damit weiter, dass Frauen im durchschnitt ein Viertel weniger verdienen als Männer und dass Frauen überdurchschnittlich stark in Minijobs gedrängt werden. Wir wissen: Auf Minijobs folgen Minirenten. Altersarmut ist somit gerade bei Frauen vorprogrammiert. Hier müssen wir deutlich gegensteuern.

Katja Kipping (Die Linke)

(**Matthias W. Birkwald** [Die Linke]: Dringend! Ganz dringend!)

Geschlechterungerechtigkeit geht weiter mit den Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften. Das führt zum einen dazu, dass Frauen, die womöglich ihr Leben lang gewohnt waren, von ihrer eigenen Hände Arbeit zu leben, dann, wenn sie ihren Arbeitsplatz verlieren und der Partner etwas über den entsprechenden Grenzen verdient, sofort in die Position von Taschengeldempfängerinnen gedrängt werden. Oder es führt dazu, dass Alleinerziehende, die einen neuen Partner kennenlernen, mit diesem faktisch nicht zusammenziehen können, weil er ansonsten sofort als Aufstocker in Hartz-IV gedrängt werden würde, wenn sein geringes Einkommen auf das Einkommen des Kindes angerechnet wird.

Bei der Geschlechterungerechtigkeit spielt die ungerechte Verteilung der verschiedenen Tätigkeiten zwischen den Geschlechtern eine Schlüsselrolle; denn leider ist es immer noch so, dass vor allen Dingen die Haus- und Familienarbeit den Frauen obliegt. Sie werden eher in die Rolle der Hinzuverdienenden gepresst, während die Männer die Rolle des Hauptverdienenden übernehmen. Das Ehegattensplitting zementiert diese überkommene alte Arbeitsteilung. Deswegen gehört das Ehegattensplitting abgeschafft.

(**Dorothee Bär** [CDU/CSU]: Niemals! Das wird niemals abgeschafft!)

- Frau Bär, Sie sagen, das gehört nicht abgeschafft. Damit unterstreichen Sie noch einmal eindeutig, dass Sie diese überkommene Arbeitsverteilung zementieren wollen.

(**Dorothee Bär** [CDU/CSU]: Sie haben es nicht kapiert, das Splitting! Es gilt auch umgekehrt!)

Das Statistische Bundesamt führt aus, dass die Arbeitsverteilung wirklich ungerecht ist. 75 Prozent der Putzarbeiten und 85 Prozent der Arbeit mit Wäsche werden immer noch von Frauen erledigt. Der Armuts- und Reichtumsbericht weist aus, dass von den Müttern mit Kindern ab sechs Jahren gerade einmal 17 Prozent vollzeiterwerbstätig sind. Diese Zahlen zeigen, wie stark die überkommene Arbeitsverteilung immer noch unseren Alltag bestimmt. Um Missverständnisse zu vermeiden: Mir geht es nicht darum, Männer oder Frauen mit den angeblichen Segnungen der Erwerbsarbeit zwanghaft zu beglücken. Aber meine Kritik an dieser Verteilung setzt dann an, wenn Menschen – vor allen Dingen Frauen – von der Erwerbsarbeit – entweder aufgrund von überkommenen Geschlechterrollen oder aufgrund eines Mangels an Kitaplätzen – sozusagen weggedrängt werden. Das ist für uns als Linke nicht hinnehmbar.

Doch reden wir anlässlich einer Debatte über den Frauentag nicht nur über Probleme, sondern auch über Perspektiven, die Mut machen. Für mich ist die von der Feministin Frigga Haug entwickelte Vier-in-einem-Perspektive Mut machend und ermunternd. Diese geht davon aus, dass es vier gleichwertige Tätigkeitsbereiche gibt: erstens die Erwerbsarbeit; zweitens die Sorgearbeit, auch bekannt als Reproduktionsarbeit oder Haus- und Familienarbeit; drittens die Weiterentwicklung bzw. die Weiterbildung, auch vorstellbar als Muße; viertens die Politik, die in einer Demokratie nicht nur Berufspolitikerinnen und Berufspolitikern obliegen sollte.

Zunehmend begeistern sich Frauen für einen solchen Aufbruch in ein Leben im Viervierteltakt, in dem eine Arbeitswoche aus vier gleichen Teilen besteht: ein Viertel Erwerbsarbeit, ein Viertel Sorgearbeit, ein Viertel Weiterentwicklung und Muße sowie – um das Ganze vollständig zu machen – ein Viertel Politik. Eine konsequente Arbeitszeitverkürzung für Männer und Frauen gleichermaßen wäre die Grundlage für einen Aufbruch in ein solches Leben im Viervierteltakt. Kämpfen wir nicht nur am Frauentag, sondern an allen Tagen im Jahr konsequent und engagiert dafür, dass die Erwerbsarbeitszeit verkürzt wird und die vorhandenen Tätigkeitsfelder gerecht zwischen den Geschlechtern verteilt werden. Das heißt, dass ein Großteil der prestigeträchtigen Jobs von Männer- in Frauenhand wechseln muss; im Gegenzug würde man gerne Sorgearbeit abgeben.

Kämpfen wir dafür, dass die Bedarfsgemeinschaft auf den Prüfstand kommt. Kämpfen wir für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit. Kämpfen wir für globale soziale Rechte, und sorgen wir dafür, dass aus den Chefesseln Sitzgelegenheiten werden, die mindestens zu 50 Prozent von Frauen besetzt sind. Danke schön.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat die Kollegin **Deligöz** das Wort.

Ekin Deligöz (Bündnis 90/Die Grünen):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Bär, wenn ich die Entwicklung der Debatten verfolge, höre ich durchaus Zwischentöne aus Ihrer Fraktion: Offenbar nehmen Sie die Frauenpolitik zunehmend ernst. Ich hätte aber gern, dass das durch Taten bestätigt wird. Wenn ich mir Ihren Antrag durchlese und mir das Verhalten Ihrer Ministerin in den vergangenen Wochen anschau, dann muss ich feststellen: An dem, was Sie zu tun gedenken, ist nicht einmal im Ansatz zu erkennen, dass Sie Frauenpolitik ernst nehmen.

Stattdessen streiten sich zwei Ministerinnen in der Öffentlichkeit. Die Kanzlerin kommt in Basta-Manier, zieht darunter einen Strich und zieht sich auf die Position zurück, dass der Wirtschaft „noch einmal die Chance gegeben werden“ solle, auf der Grundlage von Absichtserklärungen „freiwillig zu Fortschritten zu kommen“. Jetzt ist es so: Sie kreiden uns an, dass wir vor zehn Jahren, unter der rot-grünen Regierung, über Vereinbarungen geredet haben; das sei zu wenig gewesen.

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Dank Rot-Grün hat sich nichts getan!)

Warum machen Sie genauso weiter, wenn es angeblich schon vor zehn Jahren falsch war? Dann ändern Sie es doch!

(Caren Marks [SPD]: Man kann dazulernen!)

Wenn es ein Fehler war, dann muss man es jetzt ändern. Kreiden Sie es uns nicht an, sondern machen Sie es heute anders! Noch eines: Es hat mich schon gestört, dass Sie eben „eine gewisse Frau Bergmann“ gesagt haben. Ihre Regierung hat Frau Bergmann zur Beauftragten in einem sehr wichtigen Themengebiet benannt, nämlich bei der Aufarbeitung des sexuellen Missbrauchs von Kindern. Sie hat in dieser Gesellschaft einen wirklich wichtigen Auftrag.

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Als Familienministerin kennt sie kein Mensch mehr!)

Jetzt sprechen Sie, Frau Bär, aber von „Frau Bergmann, an die sich niemand mehr erinnern kann“, so als ob sie unwichtig sei. Wie ernst nehmen Sie diesen Auftrag, wenn Sie Frau Bergmann dermaßen degradieren? Wie ernst nehmen Sie denn dieses Thema? Mit diesen Fragen sollten Sie sich einmal selber befassen. Jetzt komme ich zu Ihrem Antrag. Sie sagen in Ihrem Antrag, dass sich die Herausforderungen aus dem Ersten Gleichstellungsbericht ergeben würden. Da schlucke ich ganz schön. Brauchen wir denn in diesem Parlament wirklich Berichte, die erst von den Ministerien und der Regierung abgenommen werden müssen, bevor sie vorgelegt werden, um zu wissen, wie es Frauen in diesem Land geht? Müssen wir es erst schriftlich vorliegen haben? Müssen wir einem Bericht entnehmen, was in diesem Land zu tun ist?

(Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Die CDU ja!)

Was noch viel schlimmer ist: Dieser Bericht liegt eigentlich schon vor; der Sachverständigenrat hat ihn bereits im Januar vorgelegt.

(Caren Marks [SPD]: Ja! Genau!)

Nur haben Sie, Frau Ministerin, den Bericht noch nicht abgenommen, sondern gerade einmal Ihren Staatssekretär hingeschickt, um ihn abnehmen zu lassen; dann haben Sie ihn sofort wieder in die Schublade verbannt.

(Ingrid Fischbach [CDU/CSU]: Das ist nicht wahr!)

Jetzt sagen Sie: Wir warten einmal, was die Ministerien dazu sagen. – Was ist denn das für ein Selbstverständnis von einer Frauenministerin? Wenn es nichts mit Ihrem Selbstverständnis zu tun hat, dann seien Sie zumindest so ehrlich, zu sagen, dass Ihnen schlicht und einfach die Ergebnisse nicht gefallen. In dem Bericht steht nämlich, dass noch viel getan werden muss, um echte Chancengerechtigkeit in diesem Land zu schaffen. Dieser Befund gefällt Ihnen nicht. Da ist es viel geschickter, den Bericht in der Schublade verschwinden zu lassen, anstatt ihn uns vorzulegen und im Parlament darüber zu debattieren. Sie müssen schon ehrlich sagen, was Sie mit dem Bericht machen.

Jetzt komme ich zum 100. Internationalen Frauentag. Ja, richtig: Viele Frauen haben gekämpft und

Ekin Deligöz (Bündnis 90/Die Grünen)

sind auf die Straße gegangen. Diesen Frauen sind wir etwas schuldig; wir müssen ihre Erbschaft antreten. Das, was die Frauen geschaffen haben, verpflichtet. Wenn wir aber in dem Tempo, das die Regierung gerade an den Tag legt, weitermachen, dann sind wir in weiteren 100 Jahren nicht viel weiter. Dann bleiben wir auf der Stelle stehen. In 100 Jahren drehen wir uns dann um und sind dankbar, dass es vor 200 Jahren wenigstens ein paar Frauen gegeben hat, die aktiv geworden sind.

Ich sage Ihnen aber auch, was mich an der Diskussion in Deutschland insgesamt stört. Wir haben in den letzten Tagen viel gelesen; viele Bücher sind veröffentlicht worden. In all diesen Debatten reden wir immer über das Trennende zwischen den Frauen: Es werden die Frauen mit Kindern gegen die ohne Kinder ausgespielt, Hausfrauen gegen Berufstätige, Junge gegen Alte, Frauen mit Männern gegen solche ohne Männer, man spricht von freiwilligen Annäherungen oder aber von einer Verpflichtung. Ich finde, wir sollten heute hier im Bundestag den Mut haben, all diese Debatten hinter uns zu lassen; denn konzentrieren müssen wir uns auf die heutigen und künftigen Rahmenbedingungen. Konzentrieren müssen wir uns auf das, was das Parlament, die Politik machen kann, um die Dinge zu verändern und um dieses zu Land gestalten.

Ich spreche noch einmal die zehn Jahre Erfahrung mit der Selbstverpflichtung an. Wenn die Politik es nicht wagt, konkrete Schritte und Vorgaben zu machen, wird sich in diesem Land nichts, aber auch rein gar nichts ändern. Wir sind in der Verantwortung, angesichts dieser 100 Jahre Frauentag etwas zu ändern. Frau Allmendinger – viel zitiert, heute hier noch nicht – sagt: Frauen wollen Kinder und Karriere. Sie wollen alles. Sie sind auf dem Sprung. Sie wollen erwerbstätig sein. – Die Zahl der Erwerbstätigen ist eindeutig gestiegen, und zwar kontinuierlich. Gleichzeitig gibt es auch die bittere Wahrheit: Das Arbeitsvolumen nimmt ab und 37 Prozent – nur 37 Prozent – der Frauen in diesem Land haben einen sozialversicherungspflichtigen Vollzeitjob. 84 Prozent der Teilzeitstellen sind von Frauen besetzt.

Es gibt noch eine Zahl, die mich selber ehrlich gesagt erschreckt hat, sodaß ich zweimal nachschauen musste: Lediglich 25 Prozent der Frauen in diesem Land erziehen minderjährige Kinder. 75 Prozent der Frauen haben entweder keine Kinder mehr im Haushalt oder haben volljährige Kinder. Trotzdem wird auf dem Arbeitsmarkt ein Argument immer gegen sie verwendet. Die Unternehmen und auch die FDP sagen nämlich: Frauen können gar nicht in die Führungsetagen, weil ihnen die Vereinbarkeitsfrage im Weg steht. – Das mag für 25 Prozent gelten. Warum sind die anderen 75 Prozent dann aber trotzdem nicht vertreten? Warum muss man sie dann trotzdem mit der Lupe suchen? Da kann doch das Argument der Unvereinbarkeit von Familie und Beruf nicht gelten.

Noch eines: Sie, Frau Ministerin, glorifizieren in der heutigen Ausgabe der Zeit die Ehe. Das kann jeder halten, wie er will. Das ist eine private Sache. Das Steuerrecht und das Sozialversicherungsrecht in Deutschland sind aber doch auf der Grundlage gestaltet, dass Frauen zu Hause bleiben und eben nicht erwerbstätig sind. Es führt de facto zur Benachteiligung von Frauen. Solange das so ist, sind wir in der Pflicht, das infrage zu stellen. Wenn die politischen Strukturen Frauen benachteiligen, dann müssen sie geändert werden. Das gilt auch und gerade für die ehebezogenen Leistungen.

Was müssen wir tun, Frau Ministerin? Zu tun gibt es viel: Gleichstellungsgesetz, Quote, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, eine Weiterentwicklung des Ehegattensplittings zu einer Individualbesteuerung. Die Liste ist lang. Vor allem aber brauchen wir endlich eine Frauenministerin, die auch zur Frauenpolitik steht. Politik muss meines Erachtens ermutigen. Sie, Frau Ministerin, entmutigen Frauen. Politik muss gestalten. Sie aber schieben auf. Das ist zu wenig. Dies gilt insbesondere angesichts der Verpflichtung gegenüber all den Frauen, die vor 100 Jahren auf die Straße gegangen sind.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat die Bundesministerin **Dr. Kristina Schröder**.

Dr. Kristina Schröder, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:
Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der 100. Weltfrauentag ist für meine Generation ein Tag, um Danke zu sagen, Danke für all das, was Generationen von Frauen vor uns erkämpft haben: das Frauenwahlrecht, die formale rechtliche Gleichstellung von Mann und Frau, Selbstbestimmung und Unabhängigkeit – Dinge, die für uns heute ganz selbstverständlich sind. Deshalb ist der 100. Weltfrauentag ein Feiertag weiblicher Emanzipation, und zwar nicht nur von traditionellen Rollenmustern, sondern junge Frauen emanzipieren sich auch von manchen Vorkämpferinnen weiblicher Emanzipation.

Dr. Kristina Schröder

(**Jörn Wunderlich** [DIE LINKE]: Mein Gott, ist das langweilig!)

Viele Frauen meiner Generation haben es satt, sich von anderen Frauen sagen zu lassen, wie man als emanzipierte Frau zu leben hat.

(**Caren Marks** [SPD]: Jetzt kommt die alte Leier wieder!)

Wir wollen Wahlfreiheit. Wir wollen uns für Lebensmodelle entscheiden können, und zwar auch für solche, die nicht den Vorstellungen anderer Frauen entsprechen, ohne dafür wahlweise als egoistisch oder feige hingestellt zu werden.

(**Ute Kumpf** [SPD]: Was für ein Quatsch!)

Deshalb sollte von der heutigen Debatte vor allen Dingen auch einmal folgendes Signal ausgehen: Respekt vor privaten Lebensentscheidungen statt Diffamierung von bestimmten Rollenmodellen. Dafür müssen wir uns nur auf etwas verständigen, was eigentlich selbstverständlich ist: Gleichberechtigung ist nicht Gleichschaltung und Gleichsetzung. Gleichberechtigung berücksichtigt die Verschiedenartigkeit von Männern und Frauen.

(Widerspruch bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen – **Dagmar Ziegler** [SPD]: Wo haben Sie das denn ausgegraben?)

- Sie fragen mich, woher ich das habe? Das sage ich Ihnen: Die Frauenrechtlerin Helene Weber hat diesen Satz 1949 vor dem Deutschen Bundestag gesagt, und zwar kurz nachdem sie im Parlamentarischen Rat als eine von vier Frauen den wohl revolutionärsten Grundsatz unseres Grundgesetzes erkämpft hat: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ Die Gleichberechtigung von Mann und Frau in unserer Gesellschaft zu fördern – nicht im Sinne von Gleichsetzung, von Ergebnisgleichheit, sondern von Chancengleichheit –, das bleibt unsere gemeinsame Aufgabe, liebe Kolleginnen und auch liebe Kollegen.

(**Dagmar Ziegler** [SPD]: Tun Sie was dafür!)

Da ist viel zu tun. Frauen sind in Führungspositionen kaum vertreten. Wir alle sind uns einig, dass sich das ändern muss. Das fängt bei den Arbeitszeiten und bei der Arbeitskultur an. Unsere Arbeitswelt ist gerade in den Führungsetagen auf Männer oder –ich sage es allgemeiner– auf Menschen zugeschnitten, die familiäre Verantwortung delegieren können

(**Dagmar Ziegler** [SPD]: Wer soll das denn ändern? Die Männer, die da sitzen, oder wer?)

oder die von vornherein auf Familie verzichten. Eine 70-Stunden-Woche nach dem Prinzip „Karriere wird nach Feierabend gemacht“ bezahlen diejenigen mit eingeschränkten Karrierechancen, die nach Feierabend die Kinder bettfertig machen.

(**Jörn Wunderlich** [DIE LINKE]: Wie langweilig!)

Frauen erwarten deshalb zu Recht mehr von uns als lächerliche Überbietungswettbewerbe der Opposition nach dem Motto: Wer fordert die höchste Quote? Frauen erwarten vielmehr, dass wir bei den Ursachen ungleicher Chancen ansetzen und dass wir ihre Bedürfnisse in den Blick nehmen.

Wenn Frauen Teilzeit arbeiten, um Zeit für Familie zu haben – gestern konnten wir in einer Allensbach-Studie lesen, dass 59 Prozent der unter 45-Jährigen in Deutschland dieses Modell für das optimale halten –, dann sind diese Frauen doch nicht feige. Das ist eine selbstbewusste Entscheidung, die wir genauso respektieren und ermöglichen müssen wie diejenige, ganz auf den Beruf zu setzen oder ganz für die Familie da zu sein. (*Zuruf von der LINKEN: Die müssen aber anständige Löhne dafür bekommen!*) Nicht die Frauen müssen sich also ändern. Ändern muss sich unsere Arbeitswelt.

(**Monika Lazar** [Bündnis 90/Die Grünen]: Und die Männer! – **Caren Marks** [SPD]: Und die Ministerin!)

Die windelweiche Selbstverpflichtung unter der rot-grünen Bundesregierung 2001 war doch ein Rohrkrepiere. Es gab viel joviales Schultergeklopfe, aber keine Inhalte. Aber so war Gerhard

Dr. Kristina Schröder

Schröder eben. Ich setze deshalb auf gesetzliche Regelungen. (*Widerspruch bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen*)

Erstens. Ich will Unternehmen gesetzlich verpflichten, sich konkrete Zielvorgaben für den Vorstand und für den Aufsichtsrat zu setzen.

(**Caren Marks** [SPD]: Sie merken doch selbst, was das für ein Unsinn ist, den Sie da erzählen!)

Diese Zielvorgaben können die Unternehmen – anders als es bei Ihrer Selbstverpflichtung der Fall war – nicht ignorieren. Zweitens. Die Unternehmen werden auch gesetzlich verpflichtet, diese Zielvorgaben transparent zu machen. Da wird es ruck, zuck Rankings geben. Diese Zielvorgaben müssen vor der Belegschaft, vor dem Betriebsrat, vor einer kritischen Presse und vor der Öffentlichkeit gerechtfertigt werden.

(**Caren Marks** [SPD]: Vor der „kritischen Presse“!)

Drittens. Ich will Sanktionen, wenn die eigenen Zielvorgaben nicht eingehalten werden, zum Beispiel die Anfechtbarkeit von Aufsichtsratswahlen. Immer mehr Unternehmen haben sich gerade in den letzten Wochen und Monaten selbst solche Zielvorgaben gesetzt. Das ist nicht mehr nur die Telekom. In den letzten Monaten sind BMW, Daimler, Bosch, Eon, Merck und Airbus hinzugekommen. Es geht also, meine Damen und Herren. Union und FDP setzen auf eine Politik der fairen Chancen, die allen Frauen zugutekommt. Diese Politik hat die Union in den letzten Jahrzehnten geprägt. Es war eine unionsgeführte Bundesregierung, bei der es die erste Frau in einem Bundeskabinett gab: Elisabeth Schwarzhaupt.

(**Elke Ferner** [SPD]: Was hat es den Frauen gebracht? Gar nichts!)

Es war die Union, die vor 25 Jahren das Frauenressort eingerichtet hat. Es war die Union, die die Anerkennung von Kindererziehungszeiten bei der Rente durchgesetzt hat,

(**Rita Pawelski** [CDU/CSU]: So ist es!)

die einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz eingeführt hat, die die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten und haushaltsnahen Dienstleistungen durchgesetzt hat, und es war die Union, die den Ausbau der Kinderbetreuung auf den Weg gebracht hat.

(**Caren Marks** [SPD]: Wie bitte? Bis zum Schluss hat sich die Union dagegen gewehrt!)

Jetzt geht es darum, die Jungen und die Männer stärker einzubeziehen.

(**Mechthild Rawert** [SPD]: Ah!)

Wenn wir Frauen zu fairen Chancen verhelfen wollen, dann müssen wir auch Männern die Chance geben, sich von Rollenmustern zu lösen und auf Partnerschaft zu setzen.

(**Matthias W. Birkwald** [DIE LINKE]: Es geht nicht um Fairness, es geht um Gerechtigkeit! Das ist etwas anderes!)

Auch das hat schon Helene Weber gesagt: Es gibt in der Politik wie überall zwischen Mann und Frau eine Partnerschaft. Auf diese Partnerschaft sollten wir bauen. Das muss eine gleichberechtigte Partnerschaft werden.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Frau Ministerin, Sie können natürlich weiterreden, aber ich mache Sie darauf aufmerksam, dass das zulasten der Redezeit Ihrer Kolleginnen und Kollegen geht.

(**Jörn Wunderlich** [DIE LINKE]: Das ist in Ordnung! Sie kann noch ein bisschen weiterreden!)

Ich komme zum Schluss. – Setzen wir auf diese Partnerschaft und schaffen wir die Voraussetzung für Wahlfreiheit und selbstbestimmte Entscheidungen von Männern und Frauen. Wir werden das ebenso

Dr. Kristina Schröder

packen wie die Frauen, die vor 100 Jahren das Wahlrecht erkämpft haben: mit Selbstbewusstsein, mit Stolz und mit einer gesunden Portion Sturheit.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die SPD-Fraktion hat die Kollegin **Roth** das Wort.

Karin Roth (Esslingen) (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, die Leidenschaft Ihres Vortrags

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – **René Röspel** [SPD]: Wir haben gelitten!)

kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass es eigentlich um Wichtiges geht, nämlich um die Frage, wie die Bundesregierung, das Parlament, von mir aus fraktionsübergreifend, Rahmenbedingungen schaffen kann, damit die sicher schon gut fortgeschrittene Gleichberechtigung in Deutschland noch besser wird. Das heißt, es geht um Fortschritt und nicht um Pause. Es geht nicht darum, hier zu sagen, was wir alles schon erreicht haben, Frau Ministerin.

(**Caren Marks** [SPD]: Ein Schulaufsatz, vierte Klasse, war das!)

Vor 100 Jahren haben 1 Million Frauen dafür gekämpft, dass das Frauenwahlrecht eingeführt wurde. Damals hat sich die Sozialdemokratie das Frauenwahlrecht auf ihre Fahnen geschrieben. Es bedurfte auch noch einer Revolution im wahrsten Sinne des Wortes, ehe das Frauenwahlrecht 1919 eingeführt wurde. Das ging nicht nach dem Motto: Schauen wir mal, wir machen mal eine Quote, und dann gucken wir mal, ob es geht oder nicht. Nein, wir haben Rahmenbedingungen gesetzt. Die Rahmenbedingung war die Einführung des Frauenwahlrechts. Dafür sind wir dankbar, und darauf sind wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stolz.

Ich will mich jetzt nicht nur zu dem Thema Wahlfreiheit einlassen. Es gilt: Wahlfreiheit setzt voraus, dass das, was wir wählen wollen, auch wählbar ist. Es kann aber nicht von Wahlfreiheit gesprochen werden, wenn die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht vorhanden ist.

(**Dagmar Ziegler** [SPD]: Richtig!)

Das ist eine Binsenweisheit. Ich will auf den Antrag der SPD zu sprechen kommen. Wir nehmen diesen 100. Geburtstag zum Anlass, um nicht nur über Deutschland und die Frauenpolitik in Deutschland zu reden, sondern auch über die Frage der Gleichstellung der Frauen in der Welt, vor allem in Entwicklungsländern. Deshalb ist das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hier ja auch vertreten. Es geht vor allen Dingen darum, dass wir die Unterdrückung der Frauen dort überhaupt erst einmal wahrnehmen. Sie haben wirklich noch einen langen Weg vor sich. Ich weiß das, wir alle wissen das. Es geht in der Entwicklungspolitik im wahrsten Sinne des Wortes auch darum, dass über das Leben von Millionen von Frauen in den Entwicklungsländern entschieden wird.

Eine Zahl ist mir heute ganz wichtig: 75 Prozent der unbezahlten Arbeit in diesen Ländern übernehmen die Frauen. Wenn die Frauen nicht bereit wären, diese unbezahlte Arbeit zu erledigen, würden diese Länder ganz anders dastehen. Diese Situation der Frauen muss sich aber ändern. Es ist unsere Aufgabe, dies im Rahmen der Entwicklungspolitik zu unterstützen. Die Armut ist weiblich; dies ist auch bei uns so, aber vor allen Dingen dort. Es geht darum, den Frauen in diesen Ländern beispielsweise die Möglichkeit zu eröffnen, nicht nur einen Schulabschluss, sondern auch einen Universitätsabschluss zu erreichen, auch und gerade um weiterzukommen.

Es ist wichtig, dass auch die Vereinten Nationen festgestellt haben, dass die Gleichberechtigung der Frauen – das gilt auch für uns – ein zentrales Thema ist und die soziale Lage der Frauen, insbesondere in den Entwicklungsländern, dadurch verbessert wird. Frauen sind der Motor für wirtschaftliches Wachstum und für soziale Verantwortung. Das gilt natürlich auch bei uns, aber vor allen Dingen in Entwicklungsländern. Die Frauen, die sich dort engagieren, sind ehrgeizig und übernehmen Verantwortung. Interessant ist, dass die Quotenregelungen in diesen Ländern – Frau Ministerin, jetzt hören Sie einmal zu – dazu geführt haben, dass Frauen in den Parlamenten in Afrika vertreten sind, zum Beispiel in Angola, Burundi, Tansania und Uganda mit über 30 Prozent. Ruanda hat mit über 56 Prozent die weltweit höchste Frauenquote im Parlament. Das kam nicht einfach nur so, sondern wurde durch eine Frauenquote in den entsprechenden Wahlgesetzen erreicht.

Karin Roth (Esslingen) (SPD)

Insofern sollten wir uns hier in Deutschland nichts vormachen: Ohne Frauenquote in den Unternehmen werden wir die Gleichberechtigung nicht erreichen. Das wissen wir im Grunde alle. Die Schonfrist ist zu Ende. Nach zehn Jahren der Selbstverpflichtung der Unternehmen ist jetzt Schluss. Ich hoffe, dass das Thema morgen noch einmal einen besonders prominenten Part bekommt. Wir sind der Meinung: Die Frauen in den Entwicklungsländern setzen auf uns als Vorbild. Dass wir in den Parlamenten so gut vertreten sind, ist ja auch ein Ergebnis der Frauenquote in den Parteien.

(Caren Marks [SPD]: Ja!)

Diejenige Partei, die noch keine Frauenquote hat, überlegt sich ja zurzeit, eine einzuführen. Das wissen wir. Wir wollen Sie ermuntern: Führen Sie die Frauenquote ein! Entscheidend für uns Frauen, die etwas bewegen wollen – Frau Ministerin, natürlich gemeinsam mit den Männern, partnerschaftlich sowieso –, ist, dass wir die entscheidenden Prioritäten setzen und Strukturen schaffen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin Roth, achten Sie bitte auf die Zeit.

Karin Roth (Esslingen) (SPD):

- Danke. - In der Entwicklungspolitik, Frau Staatssekretärin, brauchen wir natürlich weiterhin Genderpolitik. Wir brauchen weiterhin die Zielgrößen und die entsprechende Finanzierung. Wir brauchen im Entwicklungsbereich die Unterstützung der Frauenpolitik und der Frauenorganisationen in diesen Ländern. Das ist zentral. Das gilt im Übrigen auch für die Bekämpfung von Menschenrechtsverletzungen, zum Beispiel sexualisierter Gewalt gegen Frauen. Dies muss ein Ende haben. Dafür müssen wir eintreten. Vielen Dank.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die FDP-Fraktion hat die Kollegin **Bracht-Bendt** das Wort.

Nicole Bracht-Bendt (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! 1911 zogen in Berlin die Frauen auf die Straße, um für das Frauenstimmrecht zu kämpfen. Auch 100 Jahre nach Einführung des Internationalen Frauentages sind Frauen häufig schlechter gestellt als die Männer. Frauen sind in vielen Ländern bis heute die Schwächsten der Gesellschaft. Unter dem Vorwand der Tradition werden Mädchen von Bildung ausgeschlossen. Weltweit sind 12 Millionen Menschen, hauptsächlich Frauen und Kinder, Opfer von Menschenhandel und sexueller Ausbeutung. In Deutschland ist die Gleichheit von Männern und Frauen in Art. 3 des Grundgesetzes verankert. Dennoch – das wissen wir alle – sind wir noch nicht am Ziel; ich sage als Stichwort nur Entgeltgleichheit bzw. Entgeltungleichheit. Deshalb ist der Internationale Frauentag ein guter Anlass, um Probleme beim Namen zu nennen.

(Caren Marks [SPD]: Das reicht nicht! Wir wollen sie gelöst haben!)

Ich will Ihnen einige Beispiele nennen. In den letzten 15 Jahren ist die Zahl der Familienernährerinnen deutlich gestiegen. Im Westen stieg die Zahl von 6,3 auf 9,5 Prozent, im Osten von 10,4 sogar auf 13,1 Prozent.

(Cornelia Möhring [DIE LINKE]: Mit drei Billigjobs und trotzdem zu wenig Geld!)

Viele Frauen werden nicht freiwillig zu Hauptverdienerinnen; Sie haben recht. Sie werden es, wenn zum Beispiel plötzlich der Mann arbeitslos wird. Hinzu kommt die steigende Zahl der Alleinerziehenden. Deshalb werden Fragen der Einkommens- und Aufstiegschancen von Frauen immer bedeutender. Obwohl in 51 Prozent der Hochschulabsolventen Frauen sind, beträgt der Verdienstunterschied 23 Prozent. In Europa haben wir damit die rote Laterne; da gibt es nichts zu beschönigen. (*Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Wie wäre es mit einem Mindestlohn?*) Die Ursachen sind vielfältig. Deshalb muss an verschiedenen Stellen – ich sage: an verschiedenen Stellen – angesetzt werden. (*Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Aha! Wo denn?*)

Es beginnt bei der Berufsauswahl; das liegt mir besonders am Herzen. Hier dominieren immer noch traditionelle Bilder. Jungen lernen Kfz-Mechatroniker und Industriemechaniker, Mädchen werden Verkäuferin, Friseurin oder Bürokauffrau. Aber leider entscheiden sich Mädchen oft für Berufe, die von vornherein eine Einbahnstraße sind. Damit verbunden sind häufig ein niedriges Einkommen und weni-

Nicole Bracht-Bendt (FDP)

ge Aufstiegsmöglichkeiten. Wir müssen die Ausbildung von Frauen in technischen Fächern fördern.

(**Volker Kauder** [CDU/CSU]: Genau! Stimmt!)

Es reicht nicht, wenn einmal ein Berufsberater in die Schule kommt. „Fit machen fürs Leben“ muss in der Schule immer wieder Thema sein. Eine andere Frage lautet: Warum bekommt ein Kfz-Mechatroniker mehr Gehalt als eine Altenpflegerin? Auf diese Frage weiß ich keine Antwort. Die Unterbewertung von sozialen Berufen zu beenden, ist für mich ein gesellschaftliches Anliegen. Das müssen wir in Angriff nehmen. Ich bin froh, dass Gesundheitsminister Rösler in der Pflege einen Schwerpunkt setzt.

Ein anderer Grund, warum Frauen statistisch gesehen weniger verdienen als Männer, sind die Erwerbsunterbrechungen; sie wurden schon mehrmals angesprochen. Anders als in Frankreich und Skandinavien steigen viele Frauen in Deutschland mehrere Jahre aus dem Berufsleben aus, um sich ganz der Erziehung der Kinder zu widmen. Viele Frauen arbeiten Teilzeit – wir hörten vorhin: 84 Prozent –, und zwar nicht, weil sie dazu gedrängt werden, sondern weil viele Frauen Teilzeit arbeiten wollen – ich wiederhole: arbeiten wollen. Das muss klargestellt sein. Jeder Monat, den eine Frau im Beruf aussetzt, bedeutet Abstriche bei der Rente. Ich glaube, dass viele Frauen die Änderungen im Unterhaltsrecht nicht kennen. Vor dem Hintergrund, dass jede zweite Ehe geschieden wird, ist eine längere Auszeit aus dem Beruf gefährlich. Deshalb wird das erfolgreich gestartete Aktionsprogramm „Perspektive Wiedereinstieg“ von großer Bedeutung sein.

Altersarmut von Frauen ist für mich ein Schreckgespenst. Gleichstellungspolitik muss darauf abzielen, soziale Risiken in den Lebensläufen und Erwerbsbiografien zu erkennen, und eine Bandbreite von Möglichkeiten bereithalten. Im Mittelpunkt muss der Abbau von Stereotypen bei Bildung, Ausbildung und Beschäftigung stehen. Gleichstellungspolitik für heute und morgen muss Vielfalt bedeuten. Familienfreundliche Personalpolitik in Unternehmen – sie wurde schon mehrmals angesprochen – muss Hand in Hand gehen mit ganz unterschiedlichen Möglichkeiten, das Berufsleben individuell zu gestalten. Bei der Gleichstellungspolitik müssen wir alle ran: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Aber wir wollen keine Ergebnisgleichheit. Danke.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat die Kollegin **Ziegler** für die SPD-Fraktion – wenn der Kollege Wunderlich sie bitte vorbeilässt.

Dagmar Ziegler (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Männer stehen uns eben doch öfter einmal im Weg. (Heiterkeit) Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die französische Regierung gilt ja nicht unbedingt als Hort linken Sektierertums. Und doch hat gerade Frankreich unter seinem konservativen Präsidenten Sarkozy beschlossen, dass bis 2017 40 Prozent der Aufsichtsrats- und Verwaltungssitze mit Frauen besetzt sein müssen. Damit hat Frankreich das nachvollzogen, was Norwegen bereits vor Jahren erfolgreich eingeführt hat, nämlich gesetzliche Quotenregelungen, um den Stillstand in Sachen Gleichstellung endlich zu überwinden. Das ist natürlich im Interesse der Frauen, aber – seien wir ehrlich – auch im Interesse der Unternehmen selbst. Wir wissen genauso wie die Franzosen und die Norweger, dass freiwillige Maßnahmen nahezu wirkungslos sind.

Wir haben es mehrfach betont: Das, was wir uns erhofft haben, ist seit zehn Jahren nicht in dem Maß eingetreten, wie wir es uns vorgestellt haben. Die Menschen sehen das und ziehen ihre Schlüsse daraus. Ich freue mich, dass auch die FDP-Frauen zum Teil ihre Schlüsse daraus gezogen haben. Wir werden also immer mehr.

Wir werden Zeugen eines gesellschaftlichen Bewusstseinswandels. Immer mehr Frauen und Männer sagen: Wir brauchen keine freiwilligen Maßnahmen, sondern verbindliche gesetzliche Regelungen. Was aber tut unsere Ministerin Schröder? Einzig bei ihr und bei der Bundesregierung zeichnet sich leider keinerlei Erkenntnisgewinn ab. Sie verkündet immer wieder unverdrossen, wiederum ein Gesetz vorlegen zu wollen, mit dem sie erneut auf Freiwilligkeit bei den Unternehmen setzt. Als mögliche Sanktion hebt sie den Zeigefinger –

(**Caren Marks** [SPD]: Aber nur ein bisschen!)

mehr ist nicht. Das kann nicht sein. So viel Naivität können wir nicht mehr zulassen. Um die Gleich-

Dagmar Ziegler (SPD)

stellung endlich voranzutreiben, braucht es die ganze Frau. Ihre Kollegin von der Leyen ist da von einem anderen Kaliber; das haben wir in den letzten Wochen erlebt. Um von ihren Versäumnissen bei Hartz IV abzulenken, hat sie flugs eine 30-Prozent-Quote für Frauen in Aufsichtsräten gefordert. Leider ist sie dann von unserer Bundeskanzlerin Merkel zurückgepiffen worden.

(**Rita Pawelski** [CDU/CSU]: Haben Sie das Thema verwechselt? – **Dorothee Bär** [CDU/CSU]: Ist das Ihre Rede für morgen?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Bär, das Versagen der Frauenministerin kommt uns teuer zu stehen. Denn wenn Frauen weiterhin vergebens auf gleiche Teilhabe in Wirtschaft und Gesellschaft warten müssen,

(**Dorothee Bär** [CDU/CSU]: Wir kämpfen ja dafür!)

dann schwindet das Vertrauen in unsere demokratischen Institutionen. Die Bemerkung bzw. Unterstellung der Ministerin, wenn sich Frauen für Teilzeit entschieden, dann sei das frei gewähltes Schicksal, fand ich ziemlich vermessen. Das ist für viele Frauen purer Hohn.

(**Dorothee Bär** [CDU/CSU]: Hat sie Schicksal gesagt?)

Der Schaden, den Ihre Untätigkeit anrichtet, lässt sich auch konkret in Cent und Euro beziffern.

(**Dorothee Bär** [CDU/CSU]: Man muss auch mal reagieren und nicht Reden vom Vortag vorlesen!)

Denn Frauen, die man mit Niedriglöhnen abspeist – Frau Bär, davon haben Sie sicherlich noch nichts zu spüren bekommen –, sind später häufig von Altersarmut betroffen. Auch die Vernachlässigung unserer gut ausgebildeten weiblichen Fachkräfte in der Wirtschaft bedeutet für diese Wirtschaft Milliardenverluste. Man muss sich einmal hinsetzen und die Fakten genau anschauen.

Die Kosten für eine aktive und wirkungsvolle Gleichstellungspolitik wären sehr viel geringer. Deshalb kann ich Ihnen wirklich nur noch einmal ins Stammbuch schreiben: Lesen Sie das Gutachten! Ziehen Sie für den ersten Gleichstellungsbericht kluge Schlüsse aus dem Gutachten, und lassen Sie es nicht in der unteren Schublade verschwinden! Wir befürchten allerdings, dass genau das passiert. Deshalb bleibt unseren Frauen wohl nur übrig, auf die nächste Wahl zu warten. Ich verleihe aber meiner Erwartung und Hoffnung trotzdem noch einmal Ausdruck und sage: Es gibt viele Frauen in der Koalitionsfraktion, die so denken wie wir. Lassen Sie uns doch einfach einmal gemeinsam eine Initiative starten!

(**Dorothee Bär** [CDU/CSU]: Wo ist denn Ihr Fraktionsvorsitzender heute? Die Debatte interessiert ihn überhaupt nicht! – **Volker Kauder** [CDU/CSU]: Wo sind denn Steinmeier und Trittin? – Gegenruf der Abg. **Caren Marks** [SPD]: Jedenfalls verhindern die keine Quote wie Sie! Sie sitzen nur da und begreifen nichts! – Gegenrufe von der CDU/CSU: Oh!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die Kollegin **Fischbach** hat für die Unionsfraktion das Wort.

Ingrid Fischbach (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Frau Ministerin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, Frau Marks, wir haben heute eine Chance verpasst; das haben Sie gerade wieder belegt. Wenn unsere Mütter und Großmütter das Thema Frauen und Gleichberechtigung vor 100 Jahren so angegangen hätten, dann hätten sie es, glaube ich, nicht geschafft, dass Frauen heute gleichberechtigt, selbstbewusst und eigenverantwortlich leben können.

(**Caren Marks** [SPD]: Mit Ihnen an der Seite nicht! Das stimmt! – Gegenruf des Abg. **Dr. Peter Tauber** [CDU/CSU]: Aber mit Ihnen, Frau Marks! Ganz bestimmt!)

Aber sie haben eines besser gemacht als wir. Dass wir das heute in dieser Debatte zum Teil nicht hinbekommen haben, stimmt mich etwas traurig; ich hätte die Chance gern genutzt. Anstatt dass wir uns an den Stellen, an denen wir gemeinsam etwas erreichen können, gemeinsam auf den Weg machen, schaffen wir es immer wieder, uns gegenseitig – –

Ingrid Fischbach (CDU/CSU)

(Christel Humme [SPD]: Machen Sie mal einen Vorschlag! Wir haben noch keinen Vorschlag gehört!)

- Sehen Sie, das ist genau der Punkt, Frau Humme: Ein bisschen mehr Ruhe, den anderen ausreden lassen, ihn respektieren, auch seine Entscheidung respektieren, das wäre ein guter Weg. Frau Marks, Sie haben gesagt, von alleine gehe gleichstellungspolitisch nichts voran; da haben Sie recht. Aber es geht auch nichts voran, wenn wir die Männer nicht mitnehmen.

(Karin Roth [Esslingen] [SPD]: Ach, die Armen! – **Caren Marks [SPD]:** Wir haben unsere Männer mitgenommen!)

– Nicht „die Armen“, Frau Roth, das ist genau falsch. Das ist genau der Punkt, der uns alle Möglichkeiten, die wir haben, kaputt macht. Wir brauchen Mehrheiten. Wenn die Männer nicht mitziehen, können wir uns so weit aus dem Fenster lehnen, wie wir wollen. Wir müssen die Männer mitnehmen. Das haben unsere Großmütter und Mütter früher auch geschafft.

(Michaela Noll [CDU/CSU]: Genau! Das ist der einzige Weg!)

Sie haben die Männer überzeugt, dass es richtig war. Wir wollen das ja nicht, weil wir angeblich besser sind, sondern wir haben andere Dinge zu bieten; denn wir sehen die Dinge anders. Wir gehen aufgrund unserer Entwicklung und Geschichte pragmatischer an die Dinge heran und treffen Entscheidungen anders. Deswegen ist es wichtig, dass wir davon überzeugen, dass dann, wenn Frauen mitmischen – an allen Stellen und in allen Bereichen –, bessere Ergebnisse erzielt werden. Das gilt genauso für Aufsichtsräte und Vorstände. Alle Unternehmen, die Frauen in der Führungsriege haben, schreiben bessere Ergebnisse.

(Rita Pawelski [CDU/CSU]: So ist es!)

Ich finde es wirklich schade, dass wir diese Chance heute vertun.

(Caren Marks [SPD]: Welche Chance denn? – **Christian Lange [Backnang] [SPD]:** Was denn für eine Chance?)

Es ist ein 100. Geburtstag. An dieser Stelle sollte man doch wirklich einmal schauen, was wir gemeinsam auf den Weg bringen können, und nicht immer dazwischenrufen.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Ach Gott! Was wollen Sie denn jetzt gemeinsam machen?)

Es gibt Forderungen, die wir gemeinsam durchsetzen müssen. Es ist für mich und für viele junge Frauen nicht hinnehmbar, dass Frauen in Deutschland bei gleicher Ausbildung und gleichwertiger Arbeit heute noch 23 Prozent weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen.

(Beifall des Abg. **Willi Brase [SPD]** – Zuruf von der SPD: Was tun Sie denn?)

Lassen Sie uns doch einmal an die Ursachen herangehen, gemeinsam Grenzen überschreiten und sagen: Das wollen wir jetzt verändern; das ist unsere Aufgabe, die wir gemeinsam angehen. – Ich glaube, hierfür brauchen wir bei unseren Kollegen gar keine große Überzeugungsarbeit zu leisten.

(Sönke Rix [SPD]: Legen Sie mal was vor! Bringen Sie mal einen Gesetzentwurf ein!)

Vielleicht müssen wir vermehrt bei den Gewerkschaften Überzeugungsarbeit leisten, die die Löhne ja auch ausverhandeln. Wenn ich mir die dortigen Vorstandsriegen anschau, dann muss ich ganz ehrlich sagen: Für Tarifabschlüsse sind vorrangig Männer verantwortlich.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Erzählen Sie doch nicht so einen Blödsinn! Als ob die Gewerkschaften die Eingruppierungen festlegen!)

- Sie handeln doch die Tarifverträge aus. Da müssen Sie hier nicht den Kopf schütteln.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Aber doch nicht die Eingruppierungen!)

– Aber Boni und Sonderzahlungen. Haben Sie schon einmal an Verhandlungen teilgenommen? Wer denkt denn daran, dass Frauen andere Erwerbsbiografien oder auch Erwerbsbrüche in ihrer Biografie haben?

Ingrid Fischbach (CDU/CSU)

(**Christian Lange** [Backnang] [SPD]: Das ist ja nicht zu fassen! Ein bisschen mehr Seriosität!)

Hier muss man doch ansetzen und dafür sorgen, dass die Situationen anders bewertet werden. Wie wird denn Teilzeitarbeit bei uns bewertet? Auch hier müssen wir etwas tun. Sie sehen es doch: Sie reagieren genau so, wie man nicht reagieren sollte.

(**Christian Lange** [Backnang] [SPD]: Ein bisschen mehr Seriosität erwarte ich von Ihnen!)

- Das ist genau der Punkt. Wenn man die Gewerkschaften auch einmal in die Pflicht nimmt, dann sagen Sie: Die haben nichts damit zu tun, das müssen die Unternehmen machen. – Ich möchte, dass sich die Gewerkschaften nach 100 Jahren auch den Frauenfragen verpflichtet fühlen. Sie können 100-mal dagegenrufen; das nützt nichts. Das sind diejenigen, die verhandeln. Ich wünsche mir, dass auch in den Gewerkschaften Frauen an der Spitze sind. Für andere Bereiche werden entsprechende Forderungen aufgestellt. Warum nicht in Bezug auf die Gewerkschaften? Wir müssen mit bestem Beispiel vorangehen. Wir als CDU/CSU-Fraktion können das.

Die Frau Ministerin hat noch einmal deutlich gemacht – dafür bin ich sehr dankbar –, welche Gleichstellungspolitischen Erfolge unter einer CDU/CSU-Bundesregierung erzielt wurden. Es gab Zeiten – das geben wir ehrlich zu –, in denen das nicht das große Thema war. Da hatten wir andere Probleme, die wir lösen mussten, und das Thema trat etwas in den Hintergrund. Das bedeutet aber nicht, dass wir das Schiff nicht wieder gemeinsam in Fahrt und auf den Weg bringen können. Ich finde, wir haben eine gute Chance, gemeinsam für Verbesserungen zu sorgen, damit die Grundsatzarbeit, die unsere Mütter und Großmütter geleistet haben, nicht umsonst war. Lassen Sie uns die Arbeit fortführen.

Ich möchte mit einem Auszug aus der Stellungnahme des Katholischen Frauenbundes in Deutschland schließen, der zu seinem 100. Geburtstag geschrieben hat: Heute nutzen wir die Möglichkeiten unserer Zeit, um einen Neuaufbruch zu schaffen – mit dem Gewicht der hundertjährigen Geschichte im Gepäck, mit dem Wind der hundertjährigen Geschichte im Rücken. Morgen werden unsere Töchter dort das fortsetzen, wozu heute die Zeit für Veränderungen noch nicht reif war. Sie werden dies tun, wenn wir mutig auch für jene Forderungen eintreten, die nicht selbstverständlich Beifall finden. Dazu lade ich Sie herzlich ein.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat die Kollegin **Schön** für die Unionsfraktion.

Nadine Schön (St. Wendel) (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die ungarische Schauspielerin Zsa Zsa Gabor hat einmal gesagt: Wenn ein Mann zurückweicht, weicht er zurück. Eine Frau weicht nur zurück, um besser Anlauf nehmen zu können. Das ist ein schönes und passendes Zitat, wenn wir in diesen Tagen den 100. Geburtstag des Weltfrauentags feiern. Es ist ein Tag mit einer beeindruckenden und wechselvollen Geschichte. Diese Geschichte haben wir im Antrag der Regierungskoalition bewusst in den Vordergrund gestellt. Liebe Kollegin Marks, Sie haben diesen guten Antrag eben kritisiert. Ich frage mich, warum die Oppositionsparteien nicht selber einen Antrag zum 100. Jahrestag vorgelegt haben.

(**Caren Marks** [SPD]: Unser Antrag kommt morgen! Wir haben morgen etwas Konkretes: die Quote! Nicht so ein Laber-Rhabarber! – **Monika Lazar** [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir haben einen!)

Die Grünen haben einen Antrag vorgelegt, der aber auf einen speziellen Teil des ganzen frauenspezifischen Spektrums reduziert ist. Das finde ich sehr schade. Wir erinnern in unserem Antrag an die Genese der Frauenbewegung, an ihren unterschiedlichen Verlauf in Ost und West – die Kollegin Bär hat das dargestellt – und auch an die weltweite Bedeutung dieses Tages. Wir erinnern an all die Verbesserungen für Frauen und an diejenigen, die dazu beigetragen haben. Wir definieren in unserem Antrag aber auch zukünftige Herausforderungen. Denn 100 Jahre Weltfrauentag sind nicht nur ein Grund zum Feiern, sondern in erster Linie Ansporn und Verpflichtung für die nächsten 100 Jahre.

Ich will kurz auf die Herausforderungen eingehen. Ich sehe die Hauptherausforderung derzeit darin, in unseren Anstrengungen nicht nachzulassen. Denn gerade weil schon so vieles erreicht wurde, scheint das Thema vor allem junge Menschen nicht sonderlich zu interessieren. Studien bestätigen das.

Nadine Schön (St. Wendel) (CDU/CSU)

Fragt man 20-jährige Frauen und Männer nach ihrer Meinung zur Gleichstellung, wie es in der Sinus-Studie der Fall war, so stellt man fest, dass sie ganz selbstverständlich davon ausgehen, dass sie gleiche Chancen haben. Bei genauer Nachfrage werden die Unterschiede im Rollenverständnis und in den Lebensentwürfen jedoch sehr wohl erkennbar. Dabei wird deutlich: Gleichberechtigung ist noch längst nicht in allen Köpfen angekommen. Das ist aber notwendig. Denn nur dann, wenn sich im Denken etwas ändert, wird sich auch in der Praxis etwas ändern. Umgekehrt gilt: Nur dann, wenn sich in der Praxis etwas tut, wird sich auch im Denken etwas ändern.

Dass es in der Praxis Nachholbedarf gibt, ist deutlich geworden. Die einzelnen Punkte sind heute Nachmittag oft genug genannt worden: Frauen in Führungspositionen, in der Wissenschaft und in den Hochschulen, in den Medien, sowohl aktiv als auch passiv – das ist noch nicht angesprochen worden –, aber auch die politische Partizipation auf allen Ebenen. In all diesen Bereichen schlummern noch große Potenziale. Dabei geht es nicht darum, wie Herr Ackermann vielleicht glaubt, etwas farbiger und schöner zu machen, sondern es soll schlicht und einfach fairer und besser gemacht werden.

Das Thema ist nach wie vor aktuell. Es besteht nach wie vor Handlungsbedarf, was das Denken und die Praxis angeht. Ich wünsche mir, dass der Weltfrauentag in diesen Tagen dem Ganzen neuen Schwung gibt, und zwar mit Ihrer aller Unterstützung. Wir sollten am 8. März unser Augenmerk allerdings nicht nur auf die Frauen als Gestalterinnen richten, sondern auch auf die Verbrechen, die ihnen angetan werden. Tagtäglich werden Frauen misshandelt, missbraucht und zum Verkauf ihres Körpers gezwungen. Um diesen Frauen zu helfen, gibt es viele Hilfsorganisationen und Angebote. Ich denke, auch der 100. Weltfrauentag ist eine gute Gelegenheit, um all den Menschen, die sich für diese Frauen einsetzen, ein Wort des Dankes zu sagen.

Auch auf internationaler Ebene bestehen noch große Herausforderungen. Weltweit werden Frauen als Mittel der Kriegsführung vergewaltigt. Bei Kriegen und Katastrophen sind gerade Frauen die Hauptleidtragenden. Man muss aber auch sehen, dass es gerade die Frauen sind, die in von Kriegen und Naturkatastrophen zerrütteten Ländern die Gesellschaft zusammenhalten. Es sind die Frauen, die Aufbauarbeit, Versöhnungs- und Zukunftsarbeit leisten. Es sind starke Frauen in den Entwicklungs- und Krisenregionen, die am heutigen Tag besonders unseren Respekt und unsere Solidarität verdienen.

Gerade in diesen Tagen haben wir es tagtäglich vor Augen: In Tunesien, Ägypten und Libyen werden wir Zeugen einer nie für möglich gehaltenen Demokratisierungsbewegung. Dabei marschieren häufig die Frauen vorweg. Es sind mutige Frauen, denen am Weltfrauentag unsere Solidarität gilt. Ich freue mich, dass wir in diesen Tagen und auch zukünftig intensiv über diese Themen diskutieren können. Ich bin stolz darauf, den 100. Jahrestag des Weltfrauentags mit Ihnen und all den Frauenverbänden und -organisationen sowie den Gleichstellungsbeauftragten, die in diesen Tagen in Berlin tagen, und natürlich mit allen Frauen feiern zu können. Ich sage: Happy Birthday, auf die nächsten 100 Jahre und darauf, dass wir Frauen in diesen 100 Jahren noch oft zurückweichen, allerdings nur um Anlauf zu nehmen! Danke.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP auf Drucksache 17/4860 mit dem Titel „100 Jahre Internationaler Frauentag“. Wer stimmt für diesen Antrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen angenommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – **Dorothee Bär** [CDU/CSU]: Gegen die Frauenopposition!)

Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 17/4846 und 17/4852 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.